Sonnabend, 13. März 1926 · 74. Jahrgang Nr. 122

Berliner

Heute: Jede Woche Musik

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Volks-Zeitung

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr 824, Rudolf Mosse, Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"

Moden-Zeitung · Sport-Zeitung · Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg. · Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Chamberlain als Sündenbock

Auf der Suche nach dem Ausweg – Schweden und Deutschland bleiben fest – Der Brasilianer erbittet neue Instruktionen – Verschiedene Kombinationen, aber keine Lösung

London, 12. März. (W. T. B.)

Die Wochenzeitschriften kritisieren scharf Chamberlains Politik in der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats. Die Zeitschrit „New Statesman" veröffentlicht einen ungewöhnlich heftigen Angriff auf den britischen Außenminister und schreibt: Die britische Diplomatie hat in Genf versagt. Chamberlains Fehler ist ein Verbrechen. Er hat das Prestige Großbritanniens geopfert in einem vergeblichen Versuch, sein eigenes Prestige zu retten. Wenn Deutschland nicht in den Bund hereingelassen wird, wird der Bund tot sein, getötet vom Helden von Locarno, dem britischen Außenminister, der die Hauptverantwortung für all diese Schwierigkeiten trägt. Die Zeitschrift „Spectator" hebt die mutige Folgerichtigkeit der schwedischen Politik hervor, für die man nicht dankbar genug sein könne.

*

Situationsbericht aus Genf

Genf, 12. März.

Es ist eine tragische Entwicklung, die sich in diesem Augenblick vollzieht. Die Repräsentanten Deutschlands, Frankreichs und Englands sind von dem leidenschaftlichen Willen beseelt, das Werk von Locarno zu vollenden und durch den **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus diesem jenes universale Instrument zu machen, das den europäischen Frieden sichert.** Und gerade die Stunde, in der dieser Entschluß dies ermöglichen soll, droht das ganze Werk von Locarno, droht darüber hinaus den Völkerbund selbst zu zerschlagen. Aus welchem Grunde? Nicht wegen irgendwelcher Differenzen zwischen den Großmächten selbst, sondern deswegen, weil das spanische Königreich und Brasilien Schuldscheine aus ihrer Tasche hervorziehen, auf Versprechen der Vergangenheit pochen und die Waffen, die ihnen der Völkerbund zur Verfügung gestellt hat, gegen diesen selbst kehren.

Das Ergebnis der heutigen Besprechung zwischen den Signatarmächten des Rheinlandpaktes, über das wir schon kurz berichteten, hat **die Krise zum Höhepunkt geführt.** Wenn nicht alles trügt, wird die Entscheidung heute fallen. Ueber die Tragweite dieser Entscheidung besteht auf beiden Seiten volle Klarheit. In dem zweieinhalbstündigen Gespräch im Hotel Beau Rivage wurden die Konsequenzen eines Bruches mit voller Deutlichkeit erörtert.

Ueber die Einzelheiten der Projekte zu reden, die heute besprochen wurden und noch erwogen werden, ist unangebracht, solange noch die Möglichkeit einer Verständigung besteht. Von der Gegenseite wird die Zustimmung Deutschlands zu einer gewissen Aenderung des Rates verlangt. Und diese Bindung kann Deutschland nicht zugestehen. **Von deutscher Seite wird auf die Möglichkeit einer Formulierung hingewiesen, die, ohne eine Bindung des Reiches zu begründen, doch den Ansprüchen gewisser Bewerber Genüge tun kann.**

Einen wichtigen Besuch hat der Vorsitzende des Völkerbundes, Viscount Ishii, dem schwedischen Außenminister Undén abgestattet, der infolge einer leichten Bronchitis bettlägerig, aber verhandlungsfähig ist, und der, wäre es heute zu der Ratssitzung gekommen, sein Zimmer verlassen hätte. Andere Bemühungen werden nach der Richtung geführt, **ob nicht eine Entscheidung der Völkerbundsversammlung herbeigeführt werden kann.** Diese kann nach der Satzung über die neuen Vorschläge nur dann gehört werden, wenn zuvor der Rat gesprochen hat. Aber von gewissen Delegierten wird die These vertreten: wenn von vornherein festgestellt werden kann, daß in der Völkerbundsversammlung für die Schaffung neuer Ratssitze keine Mehrheit besteht, dann würde der jetzige Streit um die Ratssitze als ein Kampf um einen Schatten erwiesen sein. Ob dieser Weg zum Ziele führt, ist sehr zweifelhaft.

Genf, 12. März.

Seit der Besprechung von heute vormittag hat sich die Lage so gestaltet, daß nunmehr ein **Vorschlag vorliegt, der die Schwierigkeiten auf folgende Weise lösen will.** Der Rat soll nach dem Eintritt Deutschlands zunächst die Schaffung eines neuen nichtständigen Sitzes beschließen, den die Versammlung sodann zu genehmigen haben würde. Dieser grundsätzliche Beschluß soll dann vermutlich im September durch Uebertragung des nichtständigen Sitzes an Polen praktisch verwirklicht werden. In französischen Kreisen erklärte man nachmittags, daß man sich nunmehr bei Deutschland vergewissern wolle, ob dieses als Ratsmitglied mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden sein würde. Briand berief in den ersten Nachmittagsstunden französische Pressevertreter zu sich und gab ihnen Erklärungen ab. **Es wurde danach in französischen Kreisen von einer leichten Entspannung gesprochen.** Es wird behauptet, daß **Brasilien Instruktionen erhalten habe, seine bisherige unnachgiebige Haltung aufzugeben.**

Deutsche halbamtliche Erklärung

Genf, 12. März. (W. T. B.)

Heute nachmittag sind in den Kreisen der ausländischen Journalisten Gerüchte in Umlauf, wonach die deutsche Delegation im Begriff stehe, einen Kompromißvorschlag anzunehmen, der ein Verlassen des bisherigen Standpunktes darstellt.

Wie der Sonderberichterstatter des W. T. B. hierzu erfährt, sind derartige Behauptungen unzutreffend. Der grundsätzliche Standpunkt, der davon ausgeht, daß die deutsche Delegation eine Festlegung im voraus zugunsten irgend eines Anspruchs irgend einer Macht ablehnen muß, wird nicht verlassen werden. Es handelt sich hier um die Wahrung eines entscheidenden Prinzips und nicht um die Vertretung bestimmter praktischer Interessen.

Genf, 12. März.

Ueber die Lage am Abend wird gemeldet: Die deutsche Delegation ist festgeblieben und hat **alle neuerlich gemachten Vorschläge abgelehnt.** Reichskanzler Dr. Luther hat um 7 Uhr abends dem englischen Außenminister Chamberlain hiervon Mitteilung gemacht.

Chamberlain sucht weiter

Der Brasilianer telegraphiert nach Hause

London, 12. März. (W. T. B.).

Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird in gutunterrichteten Londoner Kreisen die Lage in Genf, was die Aufnahme Deutschlands betrifft, **unzweifelhaft als ernst angesehen. Chamberlain setzt jedoch seine Vermittlungsbemühungen fort,** und in englischen Kreisen herrscht noch immer die Ansicht, daß man **zu irgendeiner Ueberwindung der gegenwärtigen Stockung kommen kann. Der brasilianische Außenminister Franco hat dem Vernehmen nach seine Regierung um neue Weisungen ersucht,** und diese werden, wie man hofft, den **Minister vielleicht in den Stand setzen, von seinem „non possumus" abzugehen.**

Die Lage bleibt indessen weiterhin durch die Unnachgiebigkeit der 53 Nationen, deren Vertreter nach Genf gekommen sind, um an der Sondertagung zur Aufnahme Deutschlands teilzunehmen, verwickelt.

Der Schwede über den polnischen Anspruch

Genf, 12. März.

Der schwedische Außenminister Undén hat trotz seiner Erkrankung heute vormittag die Vertreter der polnischen Presse zu sich gebeten und ihnen gesagt, er höre mit großem Bedauern, daß man seine Haltung in der Ratsfrage in Polen vollkommen mißverstehe. Er sei keineswegs ein Gegner Polens und auch nur der polnischen Ansprüche auf einen Sitz im Völkerbundsrat. Und wenn er sich in diesem Augenblick einer Erweiterung des Rates widersetze, so tue er dies aus prinzipiellen Gründen in wohlverstandenem Interesse des Völkerbundes. Er würde sich aber sehr freuen, wenn es in Zukunft möglich sein werde, einen Vertreter Polens in den Rat senden zu lassen.

In Genf 250 Journalisten

Darunter 58 Deutsche

E. F. Genf, 12. März.

Aus der vom „Offiziellen Journal" der Völkerbundsversammlung veröffentlichten Liste der Pressevertreter geht hervor, daß sich unter den insgesamt 250 Journalisten, die sich in Genf aufhalten, 58 Deutsche und 4 Oesterreicher befinden. Anwesend sind ferner 30 Schweizer, 23 Franzosen, 20 Engländer, 17 Polen, 10 Italiener, 8 Spanier, 8 Südslawier, 4 Portugiesen, 4 Belgier, 3 Schweden, 2 Russen und 2 Rumänen. Auch die überseeische Presse ist vertreten von 18 Nordamerikanern, 4 Südamerikanern und 2 Japanern. Ferner sind ein griechischer und ein türkischer Journalist anwesend.

Windischgrätz meldet sich zum Verhör

Er macht Aussagen über Zadravecz

Budapest, 12. März. (W. T. B.)

Prinz Windischgrätz hatte sich gestern abend bei der Staatsanwaltschaft zum Verhör gemeldet und erklärt, daß er über die Rolle des Feldbischofs Zadravecz Aussagen machen wolle, worüber er bisher jede Aussage verweigert hatte. Prinz Windischgrätz wurde vor den Oberstaatsanwalt geführt, der ihn einem mehrstündigen Verhör unterzog.

Schnelldienst

Im Reichstage ist jetzt der Gesetzentwurf über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Wirtschaftsenquete) eingegangen.

Das Schwurgericht Hamburg verurteilte den 46jährigen Nieter Wagener, der im Juli 1925 in seiner Hamburger Wohnung die Prostituierte Selma Wodarzek tötete, wegen Totschlags zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Die Niederungen an der Treene (Schleswig-Holstein) zwischen Seeth, Schwabstedt, Norderstapel und Wohlde sind infolge des Sturmes und der anhaltenden Niederschläge weithin überschwemmt.

Ein großer Brand, begünstigt durch einen starken Wind, wütet seit zwei Tagen am Westabhang des Monte Rochetta am Gardasee; die Löscharbeiten gestalten sich sehr schwierig wegen der häufigen Explosionen von Geschossen, die noch aus dem Weltkriege dort verstreut liegen. (Funkdienst.)

Der englische Botschafter Lindsay in Angora ist nach London abgereist.

In einer Kohlengrube bei Charleroi (Belgien) hat sich eine Kohlenstaubexplosion ereignet, wobei acht Bergleute verbrannten.

Oeffentliche Unordnung

Abbaureife Aemter

Als die Revolution, besser gesagt, die frische Entwicklung zu einem wirklichen Volksstaat abgeblasen wurde, schuf man die Kommissariate für die öffentliche Ordnung. Man schuf ein solches Kommissariat in Preußen. Diesem Staatskommissariat gehörten der unlängst wegen Bestechung und Urkundenfälschung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilte Regierungsrat Bartels und der jetzt in Haft befindliche Landgerichtsdirektor Jürgens an. Außer diesen Zeitgenossen wirkte auch ein Regierungsrat Fuhrmann in dieser Behörde für die öffentliche Ordnung. Dieser Herr hatte einem früheren Offizier eine Stelle verschafft, wie auch sonst Beziehungen beim Staatskommissariat eine Rolle gespielt zu haben scheinen. Diese Stellenverschaffung war an sich noch nicht schlimm. Herr Fuhrmann bedang sich aber einen Teil des Gehalts des hineinbugsierten Stelleninhabers als Entschädigung für seine Bemühungen aus. Die Geschäftstüchtigkeit des Herrn Fuhrmann kam heraus, und der preußische Disziplinarhof erkannte jetzt gegen ihn auf Dienstentlassung ohne Pension.

Neben dem preußischen Kommissariat besteht auch ein Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung. Diese Ordnungsfürsorgeanstalt stellte gestern dem Femeuntersuchungsausschuß einen Regierungsrat Dillinger als Zeugen. Er spielte vor dem Ausschuß eine merkwürdige Rolle. Zuerst erklärte er, so blamabel das für ihn und seine Behörde ist, nichts zu wissen; dann berief er sich auf das Beweisthema, dann auf sein schlechtes Gedächtnis, dann auf das Reichswehrministerium, dann auf die Beschränkung der Genehmigung zur Aussage. Immer wieder berief er sich, wenn es galt, peinlichen Fragen des Ausschusses aus dem Wege zu gehen, auf irgendetwas oder auf irgendwen. Der Ausschuß aber ließ nicht locker und berief ihn zur erneuten Vernehmung, die freilich, da sich der Zeuge mit Reichsinnenminister Külz auf einen inzwischen angeschimmelten Kabinettsbeschluß vom März 1925 berief, nicht durchgeführt werden konnte. Auch im Reichstag wurde gestern das „Reichskommissariat zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung" unter die Lupe genommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich erzählte erbauliche Dinge über das unterschiedliche Verhalten des Reichskommissars Kuenzer gegenüber den Gewalten in Thüringen. Warum soll sich aber der Herr Reichskommissar jetzt über die dortigen Vorgänge aufregen? Die heilige Ordnung, die segensreiche, das Ideal aller Reaktionäre, die saturiert sind, ist unter der Fuchtel des völkisch-deutschnationalen Regimes in Thüringen gesichert – da glaubt Herr Kuenzer ruhig schlafen zu dürfen. Was schiert es ihn, während er, der Ordnungswächter schläft, was in Thüringen sonst noch passiert. Die Hauptsache ist, daß alles hübsch „legal" zugeht!

Sieht man sich diese Geister an, die amtlich für die öffentliche Ordnung zu sorgen hatten und haben, dann muß man sagen, daß es in den Kommissariaten sehr nach öffentlicher Unordnung aussieht, und es ist verwunderlich, daß die öffentliche Ordnung noch einigermaßen intakt geblieben ist. Ergo: diese Kommissariate dürften, so wie sie jetzt erscheinen, reif für den Abbruch sein. Hier kann im Etat Geld gespart werden!

*

Im übrigen verweisen wir auf unseren heutigen Bericht über die gestrige Sitzung des Femeuntersuchungsausschusses und über die gestrige Reichstagssitzung.

Preußen bekommt wieder eine Staatsdruckerei

Es übernimmt aber nicht die D. A.-Z.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Haushalt des Staatsministeriums. In der Debatte bezeichnete der Abg. v. Campe (D. Vp.) **die Fememorde als eine der scheußlichsten Erscheinungen unserer Zeit, deren man sich zu schämen hätte; man hätte gewünscht, daß die Fememordprozesse in vollster Oeffentlichkeit verhandelt worden wären.** Der sozial-